Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum).
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 494. **Donnerstag** den 29. September **1898.** **92. Jahrgang.**

Im Interesse rechtzeitiger und vollständiger Lieferung des **Leipziger Tageblattes** wollen die geehrten Leser die Bestellung für das IV. Vierteljahr 1898 baldgefälligst veranlassen.
Der Bezugspreis beträgt wie bisher **vierteljährlich** für Leipzig **4 ℳ 50 ₰**, mit Bringerlohn für zweimaliges tägliches Zutragen **5 ℳ 50 ₰**, durch die Post bezogen für das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn **6 ℳ**
In Leipzig nehmen Bestellungen entgegen sämmtliche Zeitungsspediteure,
die Hauptexpedition: Johannesgasse 8,
die Filialen: Katharinenstraße 14, Königsplatz 7 und **Universitätsstraße 3,**
sowie nachfolgende **Ausgabestellen:**

Arndtstraße 35 Herr **E. O. Kittel,** Colonialwaarenhandlung,
Beethovenstraße 1 Herr **Theod. Peter,** Colonialwaarenhandlung,
Brühl 53 C. F. **Schubert's Nachfolger,** Colonialwaarenhandlung,
Frankfurter Straße (Thomasiusstraßen-Ecke) Herr **Otto Franz,** Colonialwaarenhandlung,
Löhrstraße 15 Herr **Eduard Hetzer,** Colonialwaarenhandlung,
Naschmarkt 3 Herr **H. G. Schulze,**
Nürnberger Straße 45 Herr **M. E. Albrecht,** Colonialwaarenhandlung,
in **Anger-Crottendorf** Herr **Robert Greiner,** Zweinaundorfer Straße 18,
„ **Connewitz** Frau **Fischer,** Hermannstraße 23,
„ **Eutritzsch** Herr **Robert Altner,** Buchhandlung, Delitzscher Straße 5,
„ **Gohlis** Herr **Robert Altner,** Buchhandlung, Lindenthaler Straße 5,
„ **Lindenau** Herr **Albert Lindner,** Wettiner Str. 51, Ecke Waldstr., Buchbinderei,
„ **Neustadt Scheit's Annoncen-Expedition,** Eisenbahnstraße 1,
Ranstische Gasse 6 Herr **Friedr. Fischer,** Colonialwaarenhandlung,
Ranstädter Steinweg 1 Herr **O. Engelmann,** Colonialwaarenhandlung,
Schützenstraße 5 Herr **Jul. Schümichen,** Colonialwaarenhandlung,
Westplatz 32 Herr **H. Dittrich,** Cigarrenhandlung,
Yorkstraße 32 (Ecke Berliner Straße) Herr **F. W. Kletz,** Colonialwaarenhandlung,
Zeitzer Straße 35 Herr **V. Küster,** Cigarrenhandlung,
in **Plagwitz** Herr **G. Grützmann,** Zschochersche Straße 7a,
„ **Reudnitz** Herr **W. Fugmann,** Marschallstraße 1,
„ „ Herr **O. Schmidt,** Kohlgartenstraße 40,
„ „ Herr **Bernh. Weber,** Mützengeschäft, Leipziger Straße 11,
„ **Thonberg** Herr **R. Häntsch,** Reitzenhainer Straße 58,
„ **Volkmarsdorf** Herr **G. A. Naumann,** Conradstr. 55 (Ecke Elisabethstr.).

Der socialdemokratische Parteitag und das Heerwesen.

Nachdruck verboten.

In der nächsten Woche tritt der socialdemokratische Parteitag in Stuttgart zusammen. Sollten ihm die üblichen Zänkereien und der Streit über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen Zeit lassen, so dürfte er sich auch mit der Stellung zu den Heeresfragen beschäftigen, da hierfür besonders zwei Anläße vorliegen, einmal nämlich der Abrüstungsvorschlag des russischen Kaisers, zweitens die in der nächsten Reichstagstagung zu erwartende neue Heeresforderung.

Es ist denn auch von socialdemokratischer Seite bereits verschiedentlich verlangt worden, daß der Parteitag sich mit der Heeresfrage beschäftige. Besonders die „Sächsische Arbeiterzeitung" hat verlangt, daß auf dem Parteitage eine Taktik der schärferen Tonart in militairischen Dingen beschlossen werde. Diesem Hauptorgane der sächsischen Socialdemokratie genügt es nicht, daß die Partei alle Forderungen für Heer und Marine ablehnt, sondern es verlangt auch, daß bei allen derartigen Regierungsvorlagen die Socialdemokratie eine scharfe Agitation im Lande entfalte. Einen ganz eigenartigen Antrag, der in gewisser Weise die letzte Consequenz der von der „Sächsischen Arbeiterzeitung" vertretenen scharfen Tonart darstellt, hat ein Berliner Genosse gestellt. Er verlangt, daß in Zukunft socialdemokratische Abgeordnete, die in Reichstagscommissionen gewählt werden, sich nicht mehr zur Geheimhaltung der von den Regierungsvertretern in der Commission gemachten vertraulichen Mittheilungen verpflichten lassen sollen. Es soll also womöglich das in der Commission gelieferte Material zur Agitation für die breite Masse verwendet werden.

Es verlohnt sich wohl, mit diesen extremen Auffassungen über die Stellung der Socialdemokratie zu den Fragen der Vaterlandsvertheidigung die Haltung der französischen Socialdemokratie zu vergleichen. Die Möglichkeit zu einem solchen Vergleiche ist um so eher gegeben, als vor kurzer Zeit (am 17. September) die französischen Socialdemokraten ihren Parteitag abgehalten und bei dieser Gelegenheit auch die Heeresfragen eingehend erörtert haben. Will man einen Vergleich ziehen, so wird man noch besonders berücksichtigen müssen, daß die französische Socialdemokratie gegenwärtig gewiß allen Anlaß hat, dem Heere feindlich gegenüber zu stehen, denn wenn in irgend einem Lande der Welt, so kann man gegenwärtig in Frankreich von Auswüchsen des Militarismus sprechen. Trotzdem haben sich die französischen Socialdemokraten mit einer sehr zahmen Resolution begnügt. Sie haben nicht einmal verlangt, daß das Heer verringert werde; sie wollen nur, daß bei der zu erwartenden Friedensconferenz eine gleichzeitige und allmähliche Herabsetzung der activen Dienstzeit in den europäischen Armeen angestrebt werde. Für Frankreich verlangen sie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, also die Schaffung eines Zustandes, der in Deutschland bereits seit fünf Jahren besteht. Von Anträgen, daß die Geheimhaltung vertraulicher militairischer Mittheilungen verweigert werden solle, war auf dem französischen Congresse ebenso wenig etwas zu hören, wie von der Forderung, daß militairische Forderungen der Regierungen zu einer scharfen Agitation gegen das Heerwesen ausgenutzt werden sollen. Derartige Forderungen können auch auf einem Parteitage der französischen „Genossen" wenig Erfolg haben, denn die französischen Socialdemokraten pflegen sich den Forderungen, die für die Verstärkung der nationalen Wehrkraft erhoben werden, nicht in der Weise zu entziehen, wie ihre deutschen Gesinnungsgenossen.

Es ist ja einerseits gewiß in hohem Grade bedauerlich, daß die deutschen Socialdemokraten an nationaler Gesinnung so unendlich hinter ihren französischen Parteigenossen zurückstehen, auf der anderen Seite aber könnte es nur begrüßt werden, wenn auf dem Parteitage Anträge von der oben charakterisirten Art gestellt werden sollten. Das deutsche Volk ist von viel geduldigerer Art, als seine französischen Nachbarn, und deshalb können die Vaterlandsfeinde im Innern sich ungestraft Dinge gestatten, für die ihnen in Frankreich das Fell gründlich gegerbt werden würde. Es ist deshalb ganz gut, wenn die deutschen Socialdemokraten ihre Vaterlandslosigkeit so überragend beweisen, daß endlich auch dem gutmüthigen deutschen Michel die Geduld ausgeht. Nichts ist dazu so geeignet, wie die militairischen Fragen. Das deutsche Volk weiß, was es seinem Heere verdankt; es ist stolz auf seine blauen Jungen und es hat allen Anlaß dazu. Wenn sich die Socialdemokraten damit begnügen, die Forderungen für das Heer einfach zu verweigern, so wird die Erregung darüber um so geringer sein, je wahrscheinlicher es ist, daß die neue Heeresforderung mit ebenso großer Mehrheit bewilligt werden wird, mit der im letzten Jahre die Marineforderung bewilligt wurde. Wollen aber die Socialdemokraten die Heeresforderung zu einer volksverhetzenden Agitation ausnutzen, so werden sie erkennen, daß damit beim Volke kein Geschäft zu machen ist, und es dürfte sich mancher „Mitläufer" von ihnen abwenden, den das wirthschaftliche Programm der Partei gelockt hat, dem aber das freche Zurschautragen der Vaterlandsfeindlichkeit die Augen über die verderblichen Ziele der Socialdemokratie öffnet. Ebensowenig wie das deutsche Volk, dürfte der Reichstag Spaß verstehen, wenn der Antrag auf die Verweigerung der Geheimhaltung vertraulicher Mittheilungen auf dem Parteitage durchgehen sollte. Dies ist freilich kaum anzunehmen, denn die socialdemokratischen Abgeordneten wissen ganz gut, daß sie denn doch noch nicht den Reichstag beherrschen und daß dieser sie aus den Commissionen ausschließen würde, wenn sie sich nicht denselben Bedingungen unterwerfen wollten, wie die Mitglieder der anderen Fractionen.

Die deutsche Heeresverwaltung hat es durch energisches Vorgehen verstanden, in den letzten Jahren die Beschwerden über schlechte Behandlung von Soldaten immer mehr verschwinden zu lassen. Sie hat durch die möglichste Ausmerzung und Bestrafung der Unwürdigen, die ihre Macht über die ihnen untergebenen Soldaten zu Roheiten ausnutzten, der Socialdemokratie ein Hauptagitationsmittel entzogen. Sie wird deshalb den neuen Angriffen der socialdemokratischen Ultras mit Gelassenheit entgegensehen können.

Deutsches Reich.

* **Leipzig,** 28. September. (Der literarische Nachlaß des Fürsten Bismarck.) Herr Wolf v. Metzsch-Schilbach wagt, wie wir aus einem uns von ihm eingesendeten Zeitungsausschnitte sehen, die von ihm im „Voigtländ. Anz." und in einem hannoverschen Blatte aufgestellte Behauptung, daß vor nicht langer Zeit der Leipziger Universität einige fünfzig Kisten mit Acten und bibliothekarischem Material als Geschenk angeboten worden seien, nicht aufrecht zu erhalten. Er will nur behauptet haben, es seien über die Errichtung einer Bismarck-Scripturensammlung oder eines Bismarck-Archivs in Leipzig Verhandlungen gepflogen worden. Um so hartnäckiger vertheidigt er seine weitere Behauptung, der für die Leipziger Hochschule so wichtige Plan sei ins Wasser gefallen, weil von Dresden aus Einspruch erhoben worden sei. Er versichert, einem von ihm Beauftragten hätten ein Leipziger Universitätsprofessor und eine „sehr zuständige Stelle" in Dresden dies bestätigt. Wir können dem Herrn nur rathen, seine Beauftragten künftig auf ihr gutes Gehör und ihre Fassungsgabe besser zu prüfen, denn wir können auf Grund genauester Informationen mit derselben Bestimmtheit, mit der wir das Gerücht von einem der Leipziger Universität gemachten und von ihr zurückgewiesenen Angebote als grundlos bezeichnet haben, unsere Versicherung wiederholen, daß die sächsische Regierung keinen Anlaß zu einer Stellungnahme zu der Angelegenheit gehabt hat.

Ω **Berlin,** 28. September. Die preußische Wahlbewegung ist bei Weitem noch nicht so lebhaft, wie die Nervosität der Berliner linksliberalen Blätter vermuthen lassen könnte. Es fehlt vielfach sogar noch an den vorbereitenden Schritten des Abkommens unter Parteien in solchen Wahlkreisen, wo eine einzige politische Richtung für sich allein nicht durchzudringen vermag. Bisher hat es den Anschein, als ob der Cartellgedanke sich siegreich behaupten würde. Es stehen, wie gesagt, noch zahlreiche Entscheidungen aus, aber die abgeschlossenen Compromisse weisen zumeist den alten Zug nationalliberal-conservativen Zusammengehens auf. Man muß anerkennen, daß die Conservativen bis jetzt nicht ohne Loyalität vorgegangen sind. So ist z. B. in einem Wahlkreise der Provinz Sachsen, dessen Vertreter als nationalliberaler Abgeordneter gewählt worden war, sich aber im Laufe der Legislaturperiode aus außerpolitischen Beweggründen zu den Freiconservativen hinüberbegeben hatte, die Candidatur dieses Herrn im Keime erstickt und der nationalliberale Anspruch auf das Mandat anerkannt worden. Auch die gegenwärtige Lage in der Provinz Hannover rechtfertigt die gegen die Conservativen erhobenen Vorwürfe nicht. Es ist richtig, dort sucht Herr Dr. Hahn den Nationalliberalen aus bekannten Gründen Schwierigkeiten zu bereiten, aber nach dem, was vorgekommen ist, wäre es unbillig, diesem Agitator der conservativen Partei an die Rockschöße zu hängen. Außerhalb Hannovers übt Herr Hahn in dieser Wahlbewegung nicht den geringsten Einfluß aus und auch in dem genannten Landestheile kann er sich nur bemerkbar machen, weil ihm die Unterstützung des aus der nationalliberalen Partei eliminirten früheren Abg. Schoof zu Theil wird. Die lediglich auf Verderb ausgehende Winkelpolitik dieser Herren muß von den Nationalliberalen überwunden werden und wird überwunden werden, ein Ansatz zu einer conservativen Parteibildung in der Provinz kann ihr nicht erblickt werden. Das Verhältniß beider Parteien ist, wie bemerkt, ein leidliches, wie eine Reihe von Vertragserneuerungen zeigt, auf die einzugehen ein außerpreußisches Blatt vorläufig keine Veranlassung hat. Dagegen sind die von einzelnen, dem politischen Leben im Lande fernstehenden Berliner Nationalliberalen unterstützten Bemühungen der „Nationalzeitung", die liberale Mittelpartei nach links zu locken, von erfreulichen Mißerfolgen begleitet. Man hat von den Herren Richter und Barth wunderschöne Bilder malen zu können geglaubt, aber die Nationalliberalen im Lande finden die alten, häßlichen, abgelebten Züge heraus und wenden sich ab. Nur an einem Puncte sind die ungeheuren Anstrengungen der „Gesammtliberalen" nicht vergeblich gewesen; in Königsberg. In dieser Stadt, die bisher durch zwei Nationalliberale und einen Conservativen vertreten war, hat man sich mit der Wahl je eines Nationalliberalen, eines Richtermannes und eines Mitgliedes der Freisinnigen Vereinigung compromittirt. Der Berliner Trumpf besteht also in dem Verlust eines nationalliberalen Mandates zu Gunsten zweier Manchesterleute und Polenfreunde und zieht Lobreden in Blättern wie die „Voss. Ztg." und das „Berl. Tgbl." nach sich, die die Reputation der nationalliberalen Partei zu schädigen geeignet sind. Der Königsberger Fehler wird aber reichlich wett gemacht durch das verständige und energische Vorgehen der Nationalliberalen in der Stadt Posen. Dort hat es der Freisinnigen Volkspartei nichts genützt, daß sie ihren durch seine Parteinahme gegen die Deutschen berüchtigt gewordenen bisherigen Abgeordneten Jäckel fallen ließ. Auch der von dieser Seite beigestellte Ersatz konnte einer nationalen Partei nicht genügen, und es ist sicher, daß der von den Nationalliberalen aufgestellte Justizrath Lewinski von freisinnigen, aber nicht deutschfeindlich gesinnten Wählern unterstützt werden wird, eine Erscheinung, die zum Theil dem guten Eindrucke zuzuschreiben ist, den die Abhaltung des Juristentages in Posen hervorgebracht hat.

* **Berlin,** 28. September. (Deutsche Streikstatistik) Die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in ihrem letzten „Correspondenzblatt" die Statistik der Streiks für das Jahr 1897. Wir heben daraus Folgendes hervor:

Jahr	Anzahl der Gewerbe, in denen Streiks vorkamen	Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe Mark
1890—91	27	226	38 536	1348	2 094 922
1892	21	73	3 022	507	84 638
1893	26	116	9 356	568	172 001
1894	27	131	7 328	879	354 297
1895	29	204	14 032	1030	424 231
1896	40	483	128 808	1923	3 042 950
1897	37	578	63 119	1921	1 527 298
	207	1811	264 201	8176	7 700 337

	Angriffsstreiks				Resultat		
Jahr	Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe Mark	erfolgreich	theilweise erfolgreich	erfolglos
1890—91	147	33 397	843	1 825 300	54	59	80
1892	20	1 135	97	34 649	6	6	8
1893	37	4 962	151	44 991	18	11	8
1894	38	3 035	188	77 354	12	15	11
1895	100	9 730	399	133 247	57	18	25
1896	332	115 660	1133	2 482 909	180	94	48
1897	330	41 180	1178	913 159	167	101	53
	975	209 099	3989	5 511 709	503	304	183

Jahr	Abwehrstreiks: Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe Mark	Resultat: erfolgreich	theilweise erfolgreich	erfolglos
1890—91	79	5 139	509	265 032	13	30	25
1892	58	1 887	391	42 655	19	9	24
1893	79	3 126	389	106 413	33	14	30
1894	91	4 112	686	305 584	24	22	40
1895	94	4 058	628	253 946	30	12	50
1896	151	18 178	790	475 479	52	28	58
1897	248	13 949	737	343 139	96	45	101
	795	45 409	4130	1 792 248	267	160	328

1897 waren also die Arbeitseinstellungen nicht ganz von dem Erfolge begleitet wie 1896, aber doch bei Weitem erfolgreicher als in den Jahren 1890—1895. Rechnet man Angriffs- und Abwehrstreiks zusammen, so waren

	erfolgreich	theilweise erfolgreich Procent	erfolglos
1890—1895	36,8	27,1	36,1
1896	50,5	26,5	23
1897	47,5	25,5	27

Das „Correspondenzblatt" schließt: „Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei Streiks im Allgemeinen, besonders aber bei Abwehrstreiks genau abgewogen wird, welche Chancen die Arbeiter haben. Besonders bei den Arbeitseinstellungen wegen Maßregelung, von denen für 1897 wiederum 62 (1896: 52) zu verzeichnen sind, ist stets genau zu prüfen, ob mit dem Niederlegen der Arbeit der beabsichtigte Zweck erreicht werde."

B. **Berlin,** 28. September. (Privattelegramm.) Ueber die beabsichtigten **Postreformen** schreibt ein Berichterstatter: „Jüngst ging die Meldung durch mehrere Blätter, der Staatssecretair v. Podbielski habe Dresdner Geschäftsleuten die Einführung des Einkilopackets in Aussicht gestellt. Herr v. Podbielski hat indeß nur gesagt, daß er diese Idee nicht für unausführbar halte und in den Bereich der Erwägung zu ziehen sich bemühen werde. Es ist nicht zu verkennen, daß aus der Durchführung dieser Idee große Vortheile für die Industrie erwachsen würden. In England ist man auch längst dazu übergegangen; dort werden die Einkilopackete wie Briefe behandelt und einfach auf dem Postamt in die Kästen, soweit sie hineingehen, hineingeworfen. Bei dieser Beförderungsart fallen aber auch einige Sicherheitsmaßregeln fort. Die Zeitungs-Tarifreform ist in den Grundzügen ausgearbeitet nach folgenden Gesichtspuncten: „Berücksichtigung des Gewichts und Häufigkeit des Erscheinens." Wenn dieselbe alle Verwaltungsinstanzen durchlaufen haben wird, werden Bundesrath und Reichstag sich damit zu beschäftigen haben."

— Wie sich das Centrum fühlt. Die „Berl. Pol. Nachr." hatten bekanntlich dieser Tage über das „Maß von Ansprüchen" geklagt, „zu dem sich der Ultramontanismus für berechtigt erachtet". Diese Auslassung des Herrn v. Miquel nahestehenden Blattes hat die „Köln. Volksztg." nicht wenig erregt, und in ihrem Zorne sprudelt sie:

„Wir finden diese Sprache erstaunlich. Herr v. Miquel war ja vor 50 Jahren Communist und hat die Erfahrung gemacht, daß viele seiner früheren politischen Freunde des Landes verwiesen wurden und lange im Exil gelebt haben. Darunter waren nicht wenige spätere Nationalliberale; es ist uns aber nicht erinnerlich, daß der Wunsch, diesen Landesflüchtigen möge die freie Rückkehr gestattet werden, von irgend einer Seite als ein exorbitantes „Maß von Ansprüchen" an den Staat bezeichnet worden ist. Wenn es sich um Jesuiten handelt, hat Herr v. Miquel anscheinend nicht das gleiche Gefühl der Duldsamkeit. Aus dem ehemaligen Communisten ist eine Excellenz, ein Adeliger, ein Ritter des Schwarzen Adlerordens geworden, aber gleich den politisch radicalen Elementen scheint er immer zu denken: „le cléricalisme c'est l'ennemi". Wir werden uns die Auslassung der „Berl. Pol. Nachr." merken."

— Den altkatholischen Gemeinden, die im Laufe des Sommers das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens unter Mitwirkung ihres Bischofs festlich begangen haben, sind in den jüngsten Tagen auch die Gemeinden Breslau und Neiße gefolgt. Nunmehr wird Bischof Dr. Weber auch die in allmählichem Wachsthum begriffene Berliner Gemeinde besuchen und am 2. October in der aus diesem Anlaß festlich geschmückten Heiligengeistkirche das Sacrament der Firmung spenden. Das altkatholische Bisthum umfaßt jetzt über 100 Gemeinden. Die jüngste hat sich am 18. d. M. zu Camen bei Dortmund gebildet.

SLUB
Wir führen Wissen.